

Die Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld in der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1914 und 1924

Heinz Niemann

Die Debatte um die Kriegsursachen und die Kriegsschuld seit Kriegsausbruch und nach dem Ende des Weltkriegs fiel den Führern der Mehrheitssozialdemokratie schwer, verständlicherweise, denn sie warf verschiedene komplizierte Probleme auf. Sie begann mit der Verweigerung Karl Liebknechts im Dezember 1914, den Kriegskrediten zuzustimmen und verschärfte sich danach laufend mit der Novemberrevolution, also unter den Bedingungen der eigenen Regierungsverantwortung, und der Wahl zur Nationalversammlung. Vor den Verhandlungen zum Versailler Vertrag erreichte sie ihren Höhepunkt. Nun spielten taktische Überlegungen eine Rolle, wie man die Siegermächte durch Eingeständnisse deutscher Schuld zu mildernden Zugeständnissen bewegen könnte, ohne diesen provokativ damit mehr oder minder direkt gleichwertige Mitschuld zuzumuten. Schließlich spielten die Bewertung der eigenen Mitverantwortung wie die inneren Auseinandersetzungen mit linken und kommunistischen Rivalen, koalitionspolitische Rücksichten und die Abgrenzung zur nationalistischen Rechten sowie die Forderung der Siegermächte nach Auslieferung von an Kriegsverbrechen beteiligten Personen (einschließlich des geflohenen Kaisers) genauso eine wesentliche Rolle wie das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Parteien der zusammengebrochenen II. Internationale, insbesondere der Siegerstaaten.

Die führenden Köpfe der Mehrheitssozialdemokratie standen vor allem vor dem Problem, dass ihre seinerzeitigen Begründungen für die Bewilligung der Kriegskredite seit dem 4. August 1914 es im Grunde ausschlossen, nun – nach der Niederlage – eine Hauptschuld Deutschlands für den Kriegsausbruch anzuerkennen. Das ganze Gebäude ihrer Burgfriedensdemagogie musste zusammenbrechen, alle die gewaltigen Opfer wären damit als sinnlos qualifiziert und sie stünden als Politiker völlig gescheitert und als Parteiführer politisch-moralisch blamiert da. So war es nicht nur logisch, sondern vor allem auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit und der Aufrechterhaltung der Legitimität ihres fortbestehenden Führungsanspruchs, diese Hauptverantwortung des kaiserlich-imperialistischen Regimes irgendwie zu relativieren, wenn sie schon nicht ganz zu leugnen war.¹

1 Am 2. Juni 1919 hatte die Nationalversammlung (nur gegen die USPD-Fraktion) be-

Die Spannbreite in der Frage der Kriegsursachen und der Kriegsschuld in der Mehrheitssozialdemokratie reichte vom strikten Beharren auf der Lüge vom Angriffskrieg, ausgelöst und begonnen durch Russland, dem Frankreich und Großbritannien folgten, durch Ebert, David, Südekum, Landsberg, Scheidemann, im Grunde von allen Prominenten, bis hin zu Eduard Bernsteins späterem naiven Bekenntnis, sie seien „eingeseift worden“ – was ja auch noch eine entschuldigende Rechtfertigung darstellte.

Die Behauptung, Russland habe zuerst den Krieg erklärt, hat sich bis in die allerneueste SPD-Geschichtsschreibung gehalten. So kann man in der „Geschichte der Sozialdemokratie“ vom Vorsitzenden der Historischen Kommission der SPD, Bernd Faulenbach, raffiniert verpackt und unter bewusster Unterschlagung genauer Daten lesen: „Anfang August, nachdem das zaristische Russland dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte, auch die anderen Mächte in den Krieg eintraten und unter den Deutschen die nationale Begeisterung um sich griff, sahen die deutschen Sozialdemokraten die Konstellation verändert – zunächst schwenkte die Generalkommission der Gewerkschaften, dann der Parteivorstand auf die nationale Linie ein.“² Wie längst nachgewiesen, „schwenkten“ weder die Gewerkschaftsführer noch die SPD-Spitze angesichts einer russischen Kriegserklärung „um“, sondern sie hatten bereits Tage zuvor ihr Stillhalten zugesichert.³

Sieht man von wenigen, sehr allgemeinen und ganz knappen lapidaren Hinweisen in den Verlautbarungen der SPD-Führung Ende Juli/Anfang August 1914 auf „imperialistische Gegensätze“ ab, so am 25. Juli 1914 noch der Protest: „Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werde“, ⁴ wurde das Habsburger Kaiser-

geschlossen, den Vertrag nur unter Vorbehalt der entsprechenden fünf Artikel (227 bis 231) zu unterzeichnen. Die USPD wollte statt Auslieferung von Kriegsverbrechern die Verurteilung vor einem deutschen Gericht. Die Forderung des Abgeordneten Cohn im Dezember 1919 nach einem Volksgericht scheiterte.

² Bernd Faulenbach: *Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2012, S.34. – Siehe Karl Ludwig Rintelen: *Arbeiterführer und Reichsleitung vor und bei Inszenierung des ersten Weltkriegs*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)*, 1991, H. 6, S.723-735.

³ In dieser Frage hebt sich eine neuere kritischere Darstellung der SPD-Geschichte von Peter Brandt/Detlev Lehnert positiv ab, auch wenn sie ebenfalls exakte Daten einfach auslassen. Peter Brandt/Detlev Lehnert: *„Mehr Demokratie wagen“: Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010*, Berlin 2013, S.104.

⁴ Vorwärts, 25.7.1914 (Extraausgabe).

reich zum Hauptverursacher, also auch zum Hauptschuldigen erklärt. In der von der Fraktion beschlossenen, in der Hauptsache nicht von Haase, sondern von David, Scheidemann, Schulz u. a.⁵ verfassten Erklärung am 4. August, werden imperialistische Politik und Wettrüsten zwar genannt, aber dann heißt es ganz allgemein, dies falle auf die Träger dieser Politik zurück. Seitdem wurde stets die Gefahr feindlicher Invasionen, also der Verteidigungscharakter des Krieges beschworen und die offizielle Linie der Reichsleitung von der Bedrohung und Umzingelung Deutschlands vier Jahre lang kritiklos übernommen und massiv gegenüber der Partei wie der Öffentlichkeit vertreten.⁶ Jede erneute Kreditbewilligung war mit der Strapazierung dieser Behauptung von einer existenziellen Bedrohung „des Lebens, der Freiheit und Entwicklung des deutschen Volkes“ – so wörtlich – wegen der Umzingelung durch die Entente-Mächte verbunden. Genauso wurde behauptet, dass ein leider nicht erlaubter Parteitag 1914 mit überwältigender Mehrheit für die Politik der Kreditbewilligung und des Burgfriedens gestimmt hätte, so wie auch die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich entschieden hätte und sie sich zudem voll in Übereinstimmung mit den Auffassungen von Marx, Engels und Bebel befinden würde.⁷ Eine geradezu perverse Konstruktion.

Bis zum Sommer 1915 enthielt sich die Fraktion auch jeglicher Kritik in Heeresangelegenheiten, trotz damals schon massiver Beschwerden von Soldaten an Missständen, Misshandlungen, an der Besoldungsordnung, Urlaubsgewährung, Verpflegung u. a.⁸ In der Reichstagssitzung am 26. August 1915 wurde erstmals öffentlich durch den Abgeordneten Stück-

5 Ebert traf am Ende der Fraktionssitzung, aus Zürich kommend, in Berlin ein, wohin er mit Otto Braun mit der Parteikasse entsandt worden war. Er nahm keinen Einfluss mehr auf die von ihm allerdings voll gebilligte Erklärung.

6 Wie David in einer Beratung mit führenden Abgeordneten am 15. August berichtete, Kollegen des Reichstagspräsidiums hätten Scheidemann, der ja selbst einige Zeit Vizepräsident des Reichstags war, offenbar von der Notwendigkeit eines Präventivkrieges überzeugt, also das Eingeständnis der Eröffnung eines Angriffskriegs durch Deutschland.

7 Die immer wieder beschworene nationale Euphorie und Kriegsbegeisterung aus der Arbeiterklasse ist trotz der schwierigen Quellenlage überzeugend relativiert worden. Siehe u. a. Jörn Wegner: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2014/II, S.39-52; Ottokar Luban: Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten Kriegsjahr gegen die Kreditbewilligung, in: ebenda, S.53-65.

8 Bericht der Reichstagsfraktion, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917, S.89–95.

lein dazu etwas gesagt, zuvor aber beteuert: „Wir stehen (da) im Gegensatz zu den Parlamentariern der sich mit uns im Krieg befindlichen Staaten: England, Frankreich, ja auch Russland. Wenn in diesen Parlamenten mehr oder minder heftig Angriffe auf die Führung der Armeen erhoben worden sind, so liegt für den deutschen Reichstag erfreulicherweise kein Anlass vor, eine Kritik nach dieser Hinsicht zu üben. Das deutsche Volk erkennt ohne weiteres die Strategie der deutschen Heerführer an, der Hindenburg, Mackensen, Linsingen und ihrer Unterführer, denen es gelungen ist, unterstützt durch das aufopfernde, hingebende Verhalten der ihnen unterstellten Truppen, Deutschland vor der russischen Invasion zu bewahren.“ Durch Kritik würde das hervorragende deutsche Heerwesen nur gewinnen.⁹

Auf einer Konferenz von Parteivorstand, Parteiausschuss und Fraktion von Ende September 1916 wurden Kreditbewilligung und Burgfrieden erneut verteidigt, weil „feindliche Heere unser Land bedrohten mit den Schrecknissen der Invasion. Im Osten setzte sich die furchtbare Kriegsmaschine des zaristischen Russlands, mit den Milliarden der französischen Republik ausgebaut worden, in Bewegung. Im Westen formierte sich die französische Millionearmee als williges Werkzeug in der Hand von Politikern, die ihr Revancheziel nun endlich mit Hilfe der russischen Dampfwalze und der weltmeerbeherrschenden Flotte Englands zu erreichen hofften. [...] Wir mussten uns wehren. [...] Dass die Sozialdemokratie (trotzdem) nicht zögerte, in jener Schicksalsstunde die innere Einheit herzustellen, war ein nationales Verdienst. [...] Die ganze Zukunft des deutschen Volkes stand auf dem Spiel.“¹⁰

Als theoretische Autorität wurde Bernstein (der unmittelbar nach Kriegsausbruch am 25. August geschrieben hatte) zitiert: „Für Deutschland wäre, wenn es der Koalition der Westmächte mit dem zaristischen Russland unterläge, seine ökonomisch-soziale wie kulturelle Entwicklung auf Jahrzehnte, wenn nicht auf ein Menschenalter unterbunden [...]. Unbeschadet unseres eigenen Urteils über die Einleitung des Krieges sind wir mit Parteien, die wir sonst auf das schärfste bekämpfen, darin einig, den siegreichen Ausgang des Krieges für Deutschland als eine Notwendigkeit zu empfinden und danach zu handeln.“¹¹ Die hier übernommene Position der Reichs- und Armeeführung vom „Siegfrieden“ über die Kriegsgegner, die aus der Sicht der MSPD-Führer einen Friedensschluss mit den

9 Ebenda, S.89.

10 Ebenda.

11 Ebenda, S.63f.

zum Hauptschuldigen für den Kriegsausbruch erklärten Deutschland verhindern würden, blieb unausgesprochen Bestandteil aller so genannten „Friedensinitiativen“. Zugleich wurde – wie im Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion während der ersten drei Kriegsjahre – ausdrücklich die Ablehnung jedes Versuchs betont, „die Hauptschuld am Kriegsausbruch den Staatsmännern der Mittelmächte zuzuschreiben“.¹² Als Zugeständnis sowohl an die Parteien der II. Internationale vor allem in den Feindesländern, aber gleichzeitig als Schonung gegenüber den verantwortlichen deutschen Politikern und der Generalität wurde zwischen irgendwie unklar bleibenden „imperialistischen Widersprüchen“ als Kriegsursache und den angeblich friedenswilligen Staatsmännern unterschieden. Auf dieser Linie lag auch der Vortrag von Eduard David „Wer trägt die Schuld am Kriege“ auf der Stockholmer Friedenskonferenz Anfang September 1917, wo er allerdings nicht ganz darauf verzichten konnte einzugestehen, dass es „auch in Berlin Kriegstreiber gab“,¹³ die aber ausschließlich bei den nicht an der Regierung beteiligten und nur die Minderheit im Reichstag bildenden Alldeutschen verortet wurden. Wortreich – wie schon in einer Reichstagsitzung am 12. Dezember 1916 – wurde von David die Hauptschuld am Kriege Russland, diesem „Koloß“ und „Ungeheuer“ zugeschoben.¹⁴

Auf dem einzigen Parteitag während des Krieges, den die Reichsleitung schließlich im Oktober 1917 erlaubte, als die Lage bereits äußerst bedrohlich geworden war, da nach Italien und Rumänien nun auch die USA den Krieg erklärt hatten und die Regierung der Zustimmung der MSPD umso dringlicher bedurfte, auch der Widerstand der USPD größer wurde und deren Einfluss in der Arbeiterklasse wie in den Streitkräften wuchs, kam es erstmals zu einer größeren Debatte über die mit dem Krieg zusammen-

12 Ebenda, S.66.

13 Ebenda, S.67.

14 Den Vertretern der Parteien aus Frankreich, England, Italien und den USA waren die Pässe verweigert worden; obwohl damit entschiedene Kritiker der MSPD fehlten. Die Belgier hatten die Teilnahme wegen der Anwesenheit der MSPD-Vertreter verweigert. So scheiterte die Konferenz, was auch die drei Delegierten der USPD, Haase, Kautsky und Ledebour, nicht verhinderten. Ein Aufruf zum internationalen Massenstreik zur Beendigung des Krieges blieb ohne Resonanz. (siehe dazu: Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Bonn-Bad Godesberg, 1974, S.107f.) Illustrativ ein Brief des Belgiers H. de Man an Kautsky vom 4. Juli 1917. Dieser sehr versöhnlich gehaltene Brief vermittelt die Gefühlslage, die die tiefe Entfremdung gegenüber der MSPD widerspiegelt, deren Abgesandte „wir nicht als Sozialisten anerkennen“ könnten. (Julien Kuypers: Hendrik de Man an Karl Kautsky, Brief vom 4. Juli 1917, in: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 5, 1965, S. 433-439, hier S.437.)

hängenden Fragen. Neben heftigen verleumderischen Angriffen auf die pazifistische und sozialistische Linke, denen man die Spaltung und einen Verrat nationaler Interessen vorwarf, wurden alle eigenen Bekundungen und Vorschläge für einen Friedensschluss (ohne Annexionen – was auch Elsass-Lothringen und die deutschen Kolonien einschloss – und Kontributionen) aufgelistet, deren Scheitern man dem Unwillen der Feinde, insbesondere Frankreichs und auch der sozialistischen Partei Frankreichs anlastete, die auf einem Sieg und der Unterdrückung Deutschlands sowie der Annexion Elsass-Lothringens bestünden. Stolz wurde auf eine Petition an den Reichskanzler verwiesen, die mit 809.149 Unterschriften am 16. Dezember 1916 übergeben worden war. In ihr wurden Eroberungspläne abgelehnt und die Bedingungen eines Friedensabschlusses genannt: 1. die politische Unabhängigkeit des Reiches, 2. die Gewährleistung seiner territorialen Unversehrtheit und 3. seiner wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit. (Bei der Forderung nach territorialer Unversehrtheit stand übrigens – wenn auch unausgesprochen – die Rückgabe der inzwischen von den Engländern besetzten Kolonien dahinter.)¹⁵

Im seinem Bericht an den Würzburger Parteitag nannte Ebert als Kriegsziele die Beseitigung der „für Deutschland so verhängnisvollen Konstellation der Großmächte“ im Gefolge eines Verständigungsfriedens, mit anderen Worten: ein neues europäisches Kräfteverhältnis zugunsten Deutschlands, sowie die Demokratisierung und durchgängige Parlamentarisierung im Innern. Höhepunkt dieser Demagogie war die Behauptung, dass ohne ihre Politik zur Unterstützung des Krieges „der Zar an der Spitze seiner siegreichen Kosaken in Berlin eingezogen wäre“,¹⁶ so aber sei die „russische Revolution [...] mitverursacht worden durch unsere Politik vom 4. August 1914“ und die russische Demokratie ihre Frucht. Der Zusammenbruch des Zarenreichs wäre nicht eingetreten, wenn die SPD gehandelt hätte wie „Haase und seine Freunde“.¹⁷

In der Debatte zum Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion erhielt als Vertreter der Mehrheit Eduard David als erster das Wort zu einer den ganzen Nachmittag dauernden Rede, die außerordentlich bemerkenswert ist. David, neben Ebert und Scheidemann der häufigste Redner zu den jährlich mehrfachen Sitzungen über die Kreditbewilligung im Reichstag, bekannte sich mit historischem Sinn zur Entscheidung vom 4. August „als einer Tat von geschichtlicher, ich darf sagen, weltgeschichtlicher Bedeu-

15 Bericht der Reichstagsfraktion, Protokoll, Würzburg 1917, S.444.

16 Ebenda, S.390.

17 Ebenda, S.320f.

tung, [...] die bestimmend ist für die ganze weitere Politik der deutschen Arbeiterbewegung. Hier war ein Kreuzungspunkt, von dem aus sich zwei verschiedene Wege, die die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gehen konnte, gabelten. Indem wir diese Entscheidung trafen, schlugen wir den Weg ein, von dem es ein Rückwärts nicht mehr geben kann.“ In seinem Schlusswort nach der Plenardiskussion zu seinem Bericht verdeutlichte David, dass dies die Entscheidung für den Weg von Reformen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft war, die nur Schritt für Schritt verbessert werden könne. Es war die Entscheidung dazu, „daß der Staat, dem wir angehören, wert ist, verteidigt zu werden“.¹⁸

Seine ausschweifende Polemik gegen die Unabhängigen widerspiegelte nicht nur die zunehmende Sorge über deren wachsenden Einfluss, sondern vor allem die Angst um den erfolgreichen Ausgang des Krieges, den die MSPD weiterhin in einem Friedensvertrag ohne Annexionen und Entschädigungen sowie in der Gewährung von politischen Rechten durch den Monarchen wie im republikanischen Frankreich oder in Englands konstitutioneller Monarchie erhoffte. Wenige Tage später demonstrierten die Bolschewiki in Russland, welchen anderen Weg die Arbeiterbewegung zur Beendigung des Krieges, für einen demokratischen Frieden und zu einer neuen gerechten Gesellschaft einschlagen könnte.

Am nächsten Tag – ausdrücklich nicht als Koreferat zugelassen, aber mit verlängerter Redezeit – durfte Hoch als ein Vertreter der kleinen Minderheit von inzwischen kritischen MSPD-Abgeordneten und Delegierten die begrenzten Einwände zur Politik der Mehrheit vortragen. Ihnen ging es um etwas mehr Radikalität bei der Forderung nach möglichst rascher Beendigung des Krieges, da der nicht mehr militärisch zu entscheiden wäre. Als Weg sahen auch sie lediglich die Beschneidung der Macht des Kaisers und der Militärkamarilla durch entsprechende Änderung der Verfas-

¹⁸ Ebenda, S.390. Dies kündigte den Übergang von der Burgfriedenspolitik zur weitergehenden direkten Übernahme von Regierungsfunktionen an, beginnend mit dem Interparlamentarischen Ausschuss. Die neue Qualität des sozialdemokratischen Opportunismus war dann der von Ebert in der Fraktion massiv geforderte Eintritt in die Regierung unter Max von Baden am 4. Oktober 1918. Ebert gewann die Mehrheit der Fraktion nicht zuletzt wegen seiner Drohung, sonst würde „das Schicksal der Partei der Revolution [überlassen]. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt.“ (Zit. nach: Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie 1898 bis 1918, T. 2, bearb. Von Erich Matthias und Eberhard Pikart, Düsseldorf 1966, S.466.) Scheidemann wurde mit der Wahrnehmung eines Amtes als Staatssekretär beauftragt, elf Tage später Eduard David, Robert Schmidt und August Müller zu drittrangigen Unterstaatssekretären ernannt.

sung. Die Entscheidung des 4. August und die Burgfriedenspolitik der ersten Jahre bis 1917 wurde ausdrücklich verteidigt.

Mit der Regierungsübernahme erst durch den Rat der Volksbeauftragten und dann als stärkste Kraft einer Koalitionsregierung stellte sich vor allem mit Blick auf den Friedensvertrag, aber auch angesichts einiger sich entsetzlich betrogen fühlender Millionen Soldaten, die Kriegsschuldfrage völlig neu und in ganz anderer Schärfe. Aber gerade deshalb wurde sie so weit wie möglich umgangen, nachdem erste Versuche, sie für die MSPD und auch für den aus der Revolution hervorgehenden Nachfolgestaat einigermaßen günstig zu beantworten, gescheitert waren. Schon am 25. November 1918 war ein Vorschlag zur Einrichtung eines neutralen Untersuchungsausschusses von den Alliierten abgelehnt worden. Danach schlug Ebert vor, einen Staatsgerichtshof einzurichten, um den Siegern konkrete Führungspersonen als Schuldige zu präsentieren. Auch auf Initiative Eberts hatte der Rat der Volksbeauftragten Karl Kautsky (noch USPD) und Max Quarck (MSPD) dann Anfang Dezember 1918 beauftragt, entsprechende entlastende deutsche Akten zu sammeln und zu veröffentlichen.¹⁹ Als sich das als Rohrkrepierer herausstellte (weswegen Quarck sich zurückzog), schwenkte die Propaganda der einstigen Burgfriedenspolitiker um auf die Position, die Arbeiterklasse und das Volk wie seine Repräsentanten hätten doch radikal mit dem alten Regime und den Verantwortlichen gebrochen. Kritik aus den eigenen Reihen an der Politik der Fraktion im Kriege wurde immer öfter damit beantwortet, der drohende Friedensvertrag mit den Gebietsabtrennungen und Belastungen würde doch deren Richtigkeit beweisen.

So blieb es fast allein Eduard Bernstein, inzwischen nicht mehr Doppelmitglied von USPD und MSPD, überlassen, den mutigen Versuch einer ehrlichen Beantwortung der Kriegsschuldfrage auf dem Weimarer Parteitag im Juni 1919, kurz vor Übergabe des Versailler Vertragswerkes,²⁰

19 In Kenntnis entsprechender Akten schlug Kautsky auf der Berner „Arbeiter- und Sozialistenkonferenz“ im Februar 1919 als Kompromiss vor, sich auf der Linie zu einigen: „Wir sind betrogen worden von der Regierung und haben deswegen eine verhängnisvolle Politik betrieben.“ Zit. nach: Die II. Internationale 1918/19. Protokolle, Memoranden. Hrsg. u. eingeleitet von Gerhard A. Ritter, Berlin-Bonn 1980, S.261.

20 Am 17. Juni 1919, einen Tag nach Beendigung des Parteitages, wurde der Versailler Friedensvertrag an die Reichsregierung übergeben, der das ganze außenpolitische Konzept der Scheidemann-Regierung, von Anfang an unrealistisch, nun völlig illusorisch machte. Dabei wusste sie seit Bekanntwerden des Entwurfs vom Artikel 231, mit dem der Teil VII begann und der festschrieb, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verlus-

zu unternehmen. Einleitend bekannte er, dass für ihn der 3. und 4. August der „schwärzeste Tag“ in seinem ganzen politischen Leben und die Zustimmung „damals ein Unheil, ein Unheil für unser Volk, ein Unheil für die Kulturwelt“ war. Seine sachlich fundierte und sich aller bekannter Fakten bedienende Rede, war er doch – auch dank seiner Kenntnisse des Englischen wie Französischen und sicher im Wissen sowohl der vom bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner am 23. November 1918 veröffentlichten Berichte des bayrischen Gesandten in Berlin über die Vorgänge während der Juli-Krise und an den ersten Augusttagen 1914²¹ wie auch von den Ergebnissen der Recherchen seines Freundes Kautsky – umfassend informiert, wurde durch empörte Buh-Rufe und Zwischenreden immer wieder lautstark unterbrochen.²² So wurde diese Rede trotz ihres Gehalts keine Sternstunde in seiner Biografie. Der ganze Unmut und Protest widerspiegeln sicherlich den ideologisch-politischen Bewusstseinsstand einer Mehrheit der Partei, auf jeden Fall den Unwillen der Führung, sich der Schuldfrage ehrlich zu stellen, die nicht bereit war, sich aus dem „Turm“ – wie Bernstein formulierte –, in den man mit der Abstimmung des 4. August geraten sei, frei zu machen.

Alle aufgebotenen prominenten Redner (Adolf und Otto Braun, Hermann Müller, David, Cohen-Reuß, Scheidemann) verdammt seine Rede, sie sei schädlich, überflüssig und der drohende Friedensvertrag rechtfertige – wie Otto Braun wiederholte – „glänzend die Haltung, die die Partei während der Kriegszeit eingenommen“ habe.²³ Es wurde – wie Bernstein danach meinte – ein „Spießbrutenlauf“ für ihn, und er ruderte auch ein wenig zurück, ohne dass die Führung ihre abwiegelnde Taktik veränderte. Als letzter Paukenschlag folgte der Rücktritt Scheidemanns und sein berüchtigtes Wort von der Hand, die verdorren solle, die den Versailler Vertrag unterschreibe. Ein Angebot des österreichischen Außenminis-

te und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben, wie auch von Teil IV, der den Verzicht auf alle Kolonien festlegte.

21 Peter Dirr (Hrsg.): *Bayrische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldpruch*, München-Berlin 1925.

22 Der wegen seiner Abberufung verärgerte Kautsky veröffentlichte gleich danach auf eigene Verantwortung Teile der Dokumente in seinem Buch „Wie der Weltkrieg entstand“ (Berlin 1919).

23 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, S.253.

ters Otto Bauer, ihnen bekanntes Material über die Verantwortung ihrer wie der deutschen Staatsmänner für den Kriegsausbruch zur Verfügung zu stellen, lehnte Hermann Müller (nach dem Rücktritt von Brockdorff-Rantzau neuer Außenminister) ab.²⁴

Dem Bestreben der MSPD-Führung, die Kriegsschuldfrage möglichst bald vom Tisch zu haben, stand der Wunsch anderer ausländischer Parteien zur Gründung einer Nachfolgeorganisation der II. Internationale entgegen. Das war nicht ohne die deutsche Sozialdemokratie, der einst stärksten Mitgliedspartei möglich, aber auch nicht ohne die abschließende Klärung der Kriegsschuldfrage, schließlich war die Verhinderung eines solchen Krieges eines ihrer Hauptanliegen gewesen. Auch stand der Antrag des Franzosen Albert Thomas namens der sozialistischen Partei auf dem ersten internationalen Nachkriegstreffen in Bern Anfang 1919 immer noch im Raum, die SPD wegen ihrer Bewilligung der Kriegskredite als erste aller Parteien auszuschließen, und die italienische, rumänische und schweizerische hatten der MSPD das Recht abgesprochen, sich als Sozialisten und Internationalisten zu bezeichnen. Die belgische Partei war dem Berner Treffen wegen der Anwesenheit von MSPD-Vertretern gleich ganz fern geblieben.²⁵

Auf einem Kongress in Genf vom 31. Juli bis 4. August 1920 sollte nun aber dazu ein Abschluss gefunden werden, um den Weg zur Neugründung frei zu machen. Die MSPD hatte in berechtigter Sorge, wieder auf die Anklagebank zu geraten, eine Denkschrift „Zur Frage der Verantwortung für den Weltkrieg“ eingereicht. In ihr nahm sie nach den Debatten in Bern eine etwas selbstkritischere Position ein, ohne allerdings die besondere Schuld des deutschen Kaiserreichs zu akzeptieren. Nur Fehler und Irrtümer einzelner Staatsmänner wurden zugestanden.

Diese Linie hatte sich schon in einem Vorschlag Paul Löbes, dem Fraktionsvorsitzenden, angedeutet. Dieser hatte unmittelbar vor der Abreise der Delegation nach Genf vorgeschlagen, in der Weimarer Nationalversammlung zu erklären, dass der Krieg seit 1917 kein Verteidigungskrieg mehr gewesen sei und „unsere Haltung falsch war und daß

24 Siehe dazu Fritz Klein: Auseinandersetzungen um die „Kriegsschuldfrage“ nach 1919, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1982, H. 8, S.685.

25 Von den zehn sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder hatten nur vier sich jeglicher Unterstützung ihrer Regierungen verweigert: die britische ILP, die zwei russischen Parteien und die serbische. Außer den Duma-Abgeordneten der russischen Sozialdemokraten stimmten die einzigen zwei sozialistischen Abgeordnete in der Belgrader Skuptschina (am 31. Juli) nach dem „Ja“ aller anderen 164 Abgeordneten mit „Nein“.

wir, wenn wir von den Vorgängen gewußt hätten, eine andere Politik getrieben hätten.“²⁶ Es gelang der MSPD, sich damit in der dann einstimmig beschlossenen Resolution in Genf, wo die linken bzw. unabhängigen Parteien allerdings fehlten, weitgehend durchzusetzen. So wurden vordergründig die kapitalistisch-imperialistischen Wurzeln als die tiefste Ursache des Krieges betont, um dann kritisch zugegeben, dass dies die SPD ungenügend beachtet habe. Auch sei die Außenpolitik der Kontrolle des Reichstags entzogen gewesen, wodurch man die Gefahren und die Rolle der Alldeutschen nicht rechtzeitig erkannt und nicht energisch genug bekämpft habe, eine Schuld, zu der sich die SPD vor aller Welt freimütig bekenne. Die deutsche Revolution sei leider um fünf Jahre zu spät gekommen. So vorbereitet wurde das Fazit akzeptiert: Die Sozialdemokratie könne sich auch jetzt keinen Vorwurf daraus machen lassen, dass sie bestrebt gewesen sei, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern. Entscheidend half ihr, dass die große Mehrheit der Linie folgte, statt sich weiter mit der Vergangenheit zu belasten, sich vor allem dem Kampf gegen den Bolschewismus und die gerade gegründete Kommunistische Internationale als der dringenden „Zukunftfrage“ zu widmen.

Wie sich schon im Bündnis Eberts mit der alten Militärführung zur Niederschlagung der Revolution gezeigt hatte, setzte sich in der Folgezeit die nicht unbedingt gewollte, aber faktische gemeinsame Frontbildung mit den militaristisch-nationalistischen Kräften auch hier fort, auch wenn diese die SPD als „Erfüllungspolitiker“ meist aus wahltaktischen Gründen diffamierten. Im Vorfeld des Dawes-Plans hatte die DNVP mit einer nationalistischen Kampagne gegen dieses „zweite Versailles“ den direkten Widerruf des Artikels 231 zur Kriegsschuld Deutschlands gefordert.²⁷

Eine Demonstration für diese gemeinsame Front war eine Rede des sozialdemokratischen Reichspräsidenten auf der Gedenkfeier zum 10. Jahrestag des Kriegsausbruchs, die einer Kapitulation vor den revanchistischen Deutschnationalen glich. Friedrich Ebert umging jeglichen Bezug zur Kriegsschuldfrage, betonte dafür aber die Gemeinsamkeit des deutschen Volkes und dass Deutschland damals nur zur Verteidigung der bedrohten Heimat zu den Waffen gegriffen habe, „und nur die-

26 Zit. nach: Heinrich August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin-Bonn 1985, S.225.

27 Die Regierung Marx kam dem mit einer „Kundgebung zur Kriegsschuldfrage“ vom 29. August 1924 weitgehend nach.

ser Geist konnte uns die gewaltigen Opfer ertragen lassen, die alle Kreise unseres Volkes an Gut und Blut bringen mussten“.²⁸

Es blieb allein Bernstein (dem als Reichstagsabgeordneten und damit automatisch Delegierter zum Berliner Parteitag im Juni 1924 kein Diskussionsbeitrag gestattet wurde) und Kautsky²⁹ überlassen, wenigstens in drei Pressebeiträgen danach gegen diese „selbstmörderische“ Haltung Front zu machen. Nach seinem Ausbremsen auf dem Berliner Parteitag – wo nur der linke Delegierte Ströbel in einem Nebensatz bedauerte, dass die Partei nicht gegen die „Schuldügen-Kampagne“ der Deutschnationalen vorgehe,³⁰ nannte er in einem Brief an Kautsky seine Beweggründe: „Von der These aus, daß das kaiserliche System nicht allein schuld am Kriege sei, die sie dann mit bequemer Dialektik in „überhaupt nicht schuld“ umdeuten, ist es leicht, den Massen plausibel zu machen, daß das Kaisertum zu Unrecht gestürzt worden und die „Judenrepublik“ und ihre Erfüllungspolitik an allem Übel schuld seien, unter dem Deutschland heute leide. [...] Wir gehen dem Staatsstreich der Nationalisten entgegen, das scheint mir, wenn wir so weiter wursteln, unabwendbar. Wie es ausgeht, ist natürlich zweifelhaft, ein zeitweiliger Sieg jener indes nicht ausgeschlossen, und bekommen sie auch nur zeitweilig das Heft in die Hand, dann gibt es, das ist sicher, einen Terrorismus, wie ihn sich die meisten nicht träumen lassen. Kapp war ein Doktrinär, die aber diesmal obenauf kommen, sind skrupellose, brutale Schurken.“³¹

Insgesamt zeigte die Debatte zum Krieg und die Suche nach einem Ausweg aus ihm, dass diese Funktionärskaste von einem mit der Ideologie der herrschenden Klasse kompatiblen Staatsverständnis beherrscht war. Die Feststellung Davids von der „weltgeschichtlichen Bedeutung“ der Entscheidung des 4. August war für die weitere Entwicklung der Ar-

28 Zit. nach: Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn, 2006, S.250f.

29 Kautsky antwortete auf die Kundgebung der Reichsregierung im „Vorwärts“ am 10. September mit einem Artikel „Die Frage der Kriegsschuld“, dass die Deutschnationalen nur den Hass in der Welt gegen Deutschland schürten. Man müsse strikt zwischen der Schuld von Kaiser und Regierung einerseits und dem Volk unterscheiden. Im Unterschied zu Bernstein lavierte Kautsky im Sinne der bedingten „Mitschuldthese“, indem er schrieb, dass die Deutschnationalen „die eigentlichen Schuldigen am Weltkrieg [sind], soweit die deutsche Politik für seinen Ausbruch verantwortlich ist“.

30 Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Bonn-Bad Godesberg 1974, S.105.

31 Brief Bernsteins an Kautsky vom 26. Juli 1924, in: IISG Amsterdam, NL Kautsky, DV-525.

beiterbewegung im wahrsten Sinne zutreffend: für die dadurch ausgelöste Spaltung der Arbeiterbewegung, für das Scheitern der Revolution und dem Verrat an den Zielen der proletarischen Massen sowie für den daraus folgenden unversöhnlichen Kampf zwischen kleinbürgerlich-reformistischer und radikal-sozialistischer Strömung. Eine abschließende Wertung kommt deshalb nicht um die Feststellung umhin, dass die SPD im Kampf gegen den sicherlich nicht gerechten Versailler Vertrag ihre Politik des 4. August 1914 mit den bürgerlichen Parteien über das Kriegsende hinaus fortgesetzt hat. Über fast zwei Jahrzehnte hinweg hatte sich zunehmend bei einflussreichen Führungskräften ein „national-staatliches Machtdenken“³² entwickelt, das bei Teilen sogar eine sozial-imperialistische Ideologie – besonders sichtbar vermittelt in der Kolonialfrage – einschloss.³³ Ihr Selbstverständnis, die eigentliche Staatspartei der Weimarer Republik zu sein, implizierte die weitgehende Leugnung der besonderen aggressiven Rolle und Verantwortung Deutschlands für das Völkermorden und der eigenen Mitverantwortung. Dies schloss eine der historischen Wahrheit entsprechende Beantwortung der Kriegsschuldfrage aus.

32 Helga Grebing: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1966, S.140.

33 Siehe hierzu Hans-Christoph Schröder: *Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914*, Hannover 1968.